

## Bücherschau

---

- 193 **USA/TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN**  
**Stephan Bierling**  
The Peace of Illusions | Anti-Americanisms in World Politics | Die Amerikaner im Krieg
- 195 **VÖLKERRECHT**  
**Claus Kreß**  
Internationaler Terrorismus und Selbstverteidigungsrecht | Terrorism and the State |  
The Chapter VII Powers of the United Nations Security Council | Essays on War
- 199 **AFRIKA**  
**Andreas Eckert**  
Saltwater Slavery | After Abolition | A History of Sub-Saharan Africa |  
The African City
- 202 **RUSSLAND**  
**Jörg Baberowski**  
Sankt Petersburg | Das russische Berlin | Rulers and Victims |  
Russisches Tagebuch
- 207 **GLOBALISIERUNG UND WELTWIRTSCHAFT**  
**Erich Weede**  
Global Migration and the World Economy | Immigrants: Your Country Needs Them |  
Breeding Bin Ladens
- 210 **EUROPA**  
**Joachim Fritz-Vannahme**  
Jahrbuch der Europäischen Integration | Sozialgeschichte Europas | The European  
Economy since 1945
- 213 **AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK**  
**Kurt-Jürgen Maaß**  
Nationalkultur oder europäische Werte? | Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen  
Partnerschaft | Menschen bewegen
- 216 **DEUTSCHE AUSSENPOLITIK**  
**Hanns W. Maull**  
Die beiden großen deutschen Volksparteien und das „Friedensprojekt Europa“ | Der Wandel  
des deutschen Multilateralismus | Italienische Haltungen zur neuen deutschen Außenpolitik

# USA/Transatlantische Beziehungen

Stephan Bierling über Rückzug als Chance

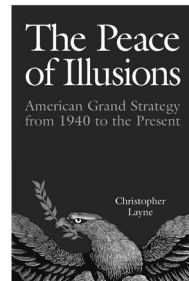


Dr. Stephan Bierling, geb. 1962, ist Professor für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Zuletzt erschien von ihm „Kleine Geschichte Kaliforniens“ (C.H. Beck, 2006).

## The Peace of Illusions. American Grand Strategy from 1940 to the Present

Christopher Layne | Cornell University Press 2006, ISBN 9780801437137, 290 Seiten

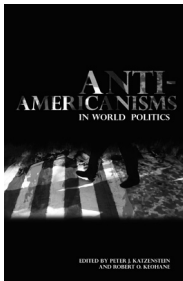
Wie können die USA ihren internationalen Einfluss in der kommenden postunipolaren Phase am besten sichern? Diese Frage diskutiert Christopher Layne (A&M University, Texas) in seiner theoretisch anspruchsvollen und empirisch satten Studie. Die Antwort: Nicht, indem sie wie bisher versuchen, die drei zentralen Weltregionen – Europa, den Nahen und Mittleren Osten, Ostasien – als Hegemon zu dominieren. Das überfordert die eigenen Kräfte, führt zu unnötigen Kriegen und provoziert Widerstand. Auch sei eine solche Strategie Ausdruck der falschen Ansicht, die USA müssten die Welt nach den eigenen Idealen von Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel umgestalten, um in ihr sicher leben zu können. Dieses seit Woodrow Wilson geltende Mantra amerikanischer Außenpolitik habe George W. Bush besonders kraftvoll umzusetzen versucht – mit desaströsen Folgen. Vielmehr müssten sich die USA so rasch wie möglich von ihren Hegemonialambitionen verabschieden, sich „hinter den Horizont“ zurückziehen und von dort aus eine Gleichgewichtspolitik betreiben. Konkret heißt das: Austritt aus der NATO, Aufkündigung des Verteidigungspakts mit Japan, Abzug der Truppen und Schließung der Basen im Nahen und Mittleren Osten. Erst dann könnten die USA ihren einmaligen Vorteil im internationalen System richtig ausspielen: Im Gegensatz zu den eurasischen Mächten in der eigenen Hemisphäre unangefochten zu sein und wegen des Schutzes durch zwei Ozeane nie eine Invasion befürchten zu müssen. Ohne die Zwänge einer globalen Hegemonialpolitik könnten sich die USA auch kraftvoll um jene Staaten kümmern, die sie wie Venezuela in der eigenen Einflussphäre herauszufordern wagten. Das ist starker Tobak – politisch wie politikwissenschaftlich. Politisch, weil solche Empfehlungen gegen die seit 1917 von Washington verfolgte Grand Strategy und den Komment in der politischen Elite verstoßen. Bis auf Pat Buchanan, den erzkonservativen Isolationisten, hat kein Präsidentschaftsbewerber seit dem Anbruch der ameri-



kanischen Unipolarität so etwas zu propagieren gewagt. Auch in Europa, Japan und Israel dürfte es viele Politiker aufschrecken, vertraute man doch bisher darauf, dass Washington im Notfall die eigene Sicherheit garantieren werde. Politikwissenschaftlich sind Laynes Überlegungen wichtig, weil er die heuristische Fruchtbarkeit des Ansatzes des neoklassischen Realismus belegt, der das Handeln eines Staates durch die Struktur des internationalen Systems und seine innenpolitischen Präferenzen vorgegeben sieht. Am Ende, so Layne, müssten die USA ihren idealistischen Impulsen abschwören und den Rat des Realismus beherzigen: den unvermeidlichen Übergang zu einer multipolaren Welt als Chance zu nutzen, regionale Partner die Verteidigungslasten selbst tragen zu lassen und die eigenen Kräfte zu schonen.

### Anti-Americanisms in World Politics

Peter Katzenstein und Robert Keohane | Cornell University Press 2007, ISBN 9780801473517, 351 Seiten



Der seit dem Irak-Krieg wachsende Antiamerikanismus schwächt den globalen Einfluss der USA – so lautet das Mantra von Wissenschaftlern und Journalisten, die im Gefolge von Joseph Nye der „weichen Macht“ politischer Attraktivität zentrale Bedeutung für die Außenpolitik zuweisen. Der von Peter Katzenstein und Robert Keohane herausgegebene Band relativiert diese These. Zunächst zeigen die Autoren die Schwierigkeit, in den Meinungsumfragen zwischen Kritik an dem, was Amerika tut, und dem, was Amerika ist, zu unterscheiden. Nur letzteres belege eine antiamerikanische

Grundhaltung, die wohl weniger verbreitet und diffuser ist als allgemein angenommen. Man solle deshalb nicht vom Antiamerikanismus sprechen, sondern von Antiamerikanismen. Noch wichtiger: Selbst wenn man die seit 2002 stark gefallenen Zustimmungswerte zu den USA in vielen Ländern als Beleg für wachsenden Antiamerikanismus nimmt, finden die Autoren nur zwei Beispiele, wie diese politische Entscheidungen beeinflussten: Schröders Wiederwahlkampagne und Ankaras Nein zum Truppenaufmarsch gegen den Irak auf türkischem Territorium. Selbst die Touristenbesuche und die Verkaufszahlen von US-Unternehmen hätten in der Folge des Irak-Kriegs nicht gelitten. Ein Wort der Vorsicht schicken die Herausgeber hinterher. Langfristig sei es im Interesse der USA zu verhindern, dass sich eine grundlegende Ablehnung ihrer Kultur und Politik herausbilde. Wie das gelingen kann, sagen sie aber nicht.

### Die Amerikaner im Krieg. Bericht aus dem Irak im vierten Kriegsjahr

Dietmar Herz | C.H. Beck 2007, ISBN 9783406563232, 165 Seiten

Dass Politologen Krisengebiete bereisen, kommt selten vor. Dietmar Herz, Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt, hat diesen Schritt gewagt. Sein Bericht über vier Wochen im Irak zur Jahreswende

2006/07 ist gespickt mit klugen Einsichten in die Natur des Krieges, die US-Außenpolitik und die Geschichte des Landes. Tolstois „Krieg und Frieden“ und Hobbes' „Behemoth“ sind ihm ständige Begleiter. So scharf Herz Bushs Invasion und dessen Irrglauben geißelt, den Irak schnell in eine prosperierende Demokratie verwandeln zu können, so viel Sympathie zeigt er für das ernsthafte Bemühen der amerikanischen Soldaten und Aufbauhelfer um eine Verbesserung der Lage. Seine Zeit in den verschiedenen Camps der US-Streitkräfte verbringt er vor allem mit Warten – zermürendem Warten auf die nächste Patrouille, den nächsten Sicherheitscheck, den nächsten Flug, nicht viel anders als die GIs, die er auf ihren Einsätzen begleitet. Bei diesen Einsätzen gerät er selbst mehrmals mit unter Beschuss. Trotz aller Schreckenszahlen über getötete Amerikaner und Iraker, die Herz akribisch notiert, mahnt er die Europäer, ihre zurückhaltende Irak-Politik zu überdenken.



Dietmar Herz  
Die Amerikaner im Krieg  
Bericht aus dem Irak im  
vierten Kriegsjahr



## Völkerrecht

Claus Kreß über Terror, Krieg und staatliche Selbstverteidigung

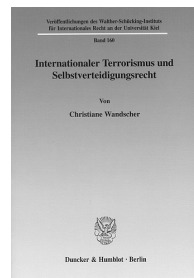


Dr. Claus Kreß LL.M. (Cambridge), geb. 1966, ist Professor für Völkerrecht sowie deutsches und internationales Strafrecht an der Universität zu Köln.

### Internationaler Terrorismus und Selbstverteidigungsrecht

Christiane Wandscher | Duncker & Humblot 2006, ISBN 3428120167, 340 Seiten.

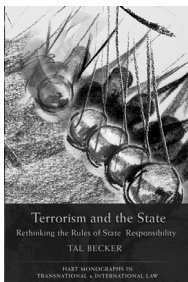
Erstreckt sich das völkerrechtliche Selbstverteidigungsrecht unter Umständen auf die militärische Abwehr schwerer transnationaler nichtstaatlicher Gewalt? Diese Position, die der Verfasser dieser Zeilen 1995 in seiner Schrift „Gewaltverbot und Selbstverteidigungsrecht nach der Satzung der Vereinten Nationen in Fällen staatlicher Verwicklung in Gewaltakte Privater“ vertreten hat, war vor dem 11. September 2001 in Deutschland (nicht jedoch in der anglo-amerikanischen Diskussion) deutlich in der Minderheit. Inzwischen hat sich das Meinungsbild gewandelt. Es ist das Verdienst von Christiane Wandscher, in ihrer am ehrwürdigen Walther-Schücking-Institut der Universität Kiel entstandenen und von Rainer Hofmann und Jost Delbrück betreuten grundsoliden Studie die bis zum 11. September 2001 hierzulande herrschende Ansicht erstmals minutiös begründet zu haben. Sie gelangt zu dem Schluss, das Selbstverteidigungsrecht nach der UN-Satzung setze einen staatli-



chen bewaffneten Angriff voraus, und die Zurechnung terroristischer Gewaltakte zum Staat erfordere, dass dieser Staat zumindest das „Ob“ der Gewaltanwendung kontrolliert hat. Die hierzu entfaltete Argumentation ist gut lesbar und hat Gewicht, doch überzeugt sie am Ende nicht. Vielmehr sprechen sowohl der Wortlaut des Artikels 51 der UN-Satzung als auch die – in dem Buch wegen der Verengung des Blickes auf „terroristische“ nichtstaatliche Gewalt bei weitem nicht vollständig ausgebreitete – Staatenpraxis für ein Selbstverteidigungsrecht gegen schwere transnationale nichtstaatliche bewaffnete Angriffe; und das gilt bei Licht betrachtet nicht erst seit dem 11. September. Wandschers Position zufolge ist nicht nur die NATO-Operation „Enduring Freedom“ schwerlich zu rechtfertigen – ein Staat ist generell schwerer transnationaler Gewalt aus einem agonisierenden („failing“) Staat heraus wehrlos ausgeliefert, sofern sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als handlungsunwillig erweist. Kaum eine Regierung dieser Welt wird eine solche Rechtsauffassung verantworten wollen, und ein nüchterner Blick auf die letzten 200 Jahre Staatspraxis bestätigt das. In Anbetracht dessen macht sich die deutsche Völkerrechtslehre inzwischen glücklicherweise verstärkt Gedanken über die exakten Voraussetzungen und Grenzen des – gewiss prekären – Notwehrrechts bei transnationaler nichtstaatlicher Gewalt, statt in einem praxisfernen und völkerrechtspolitisch überaus zweifelhaften Verbotsrigorismus zu verharren.

## Terrorism and the State. Rethinking the Rules of State Responsibility

Tal Becker | Hart Publishing 2006, ISBN 9781841136271, 390 Seiten



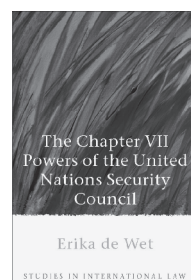
Sehr realitätsnah argumentiert der israelische Völkerrechtler Tal Becker, was mit seiner langjährigen Tätigkeit im Außenministerium seines Staates zu tun haben mag. Becker geht der Frage nach, ob die Regeln über die Zurechnung privaten Verhaltens zum Staat im Zuge der Staatenpraxis seit dem 11. September 2001 eine Änderung erfahren haben. Die Frage ist deshalb spannend, weil sie zu den Grundlagen des Völkerrechts der Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidriges Verhalten zurückführt und gleichzeitig eine für das moderne Friedenssicherungsrecht kaum zu überschätzende Bedeutung aufweist. Denn Beckers Zurechnungsfrage entscheidet auch bei Anerkennung eines Selbstverteidigungsrechts gegen nichtstaatliche Angreifer darüber, ob bei der Verteidigung – wie im Fall der Operation „Enduring Freedom“ – über die nichtstaatlichen Ziele hinaus auch staatliche Positionen (im Fall Afghanistan genauer: Positionen der faktischen Regierung des Staates) einbezogen werden dürfen. Der Internationale Gerichtshof hat sich in seinem Urteil von 1986 im Streitfall zwischen Nicaragua und den USA für eine relativ hohe Zurechnungsschwelle ausgesprochen und die „effektive Kontrolle“ der zuzurechnenden privaten Handlung durch den betreffenden Staat verlangt. Becker verweist zu Recht darauf, dass diese These mit der Staatenpraxis nach dem 11. September 2001 nicht im Einklang steht. Becker leitet aus dieser Staatenpraxis

die Entwicklung einer neuen Zurechnungsregel ab, bei der die Kausalität (Causation-based Responsibility) an die Stelle des überkommenen Paradigmas von der notwendigen staatlichen Beauftragung des Privaten (Agency Paradigm) trete. Hiernach seien die Al-Qaida-Angriffe auf die USA dem Staat Afghanistan deshalb zuzurechnen, weil dessen faktische (Taliban-)Regierung diese Angriffe durch die Überlassung von Stützpunkten auf dem eigenen Staatsgebiet erst ermöglicht habe. Ob mit dem Begriff der Kausalität der zurechnungsdogmatische Stein der Weisen gefunden ist, mag zweifelhaft sein. Sicher ist, dass Becker die internationale Reaktion auf die von Präsident George Bush jun. verkündete „Harbouring Doctrine“ zutreffend als Belastung für die orthodoxe Zurechnungslehre thematisiert. Der Internationale Gerichtshof hat seinen orthodoxen Standpunkt soeben im Völkermordstreitfall zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien bekräftigt, ohne dass erkennbar geworden wäre, dass sich das Gericht mit kritischen Anfragen der von Becker formulierten Art näher befasst hätte. Sollte sich der Gerichtshof in der Zukunft mit dem Selbstverteidigungsrecht gegen schwere transnationale Terrorakte zu befassen haben, so kann man sich nur wünschen, dass die Richter das Werk Beckers zu Rate ziehen, um zu prüfen, ob die Staatenpraxis inzwischen nicht zumindest speziell für den Fall transnationaler, terroristischer Gewaltakte eine Ausnahme von der Lehre der „Effective Control“ herausgebildet hat.

## The Chapter VII Powers of the United Nations Security Council

Erika de Wet | Hart Publishing 2004, ISBN 1841134228, 413 Seiten

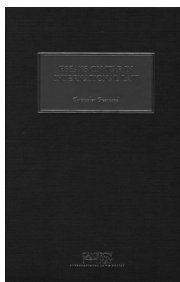
Als George Bush sen. 1990 die Geburt einer „Neuen Weltordnung“ ausrief, verbanden dies nicht wenige Beobachter mit der Hoffnung, in der Zukunft würden die gefährlichsten internationalen Konflikte über das kollektive Sicherheitssystem der Satzung der Vereinten Nationen domestiziert. Diese Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet, wie sowohl die kollektive humanitäre Intervention in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien als auch die Durchführung von „Ending Freedom“ als Maßnahme kollektiver Verteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Satzung zeigen. Dieser Befund ändert nichts daran, dass der Aktionsradius des Sicherheitsrats nach dem siebten Kapitel der Satzung der Vereinten Nationen seit dem Ende des Kalten Krieges beträchtlich zugenommen hat und damit auch die Bedeutung der Frage nach den rechtlichen Grenzen seines Handelns. Das Werk der südafrikanischen Völkerrechtlerin Erika de Wet, die inzwischen in Amsterdam „Völkerverfassungsrecht“ lehrt, ist ein zentraler und nach wie vor aktueller Beitrag zu dieser Debatte. Der Stand der internationalen Diskussion wird souverän zusammengefasst und mit gewichtigen eigenen Überlegungen einer neuen Ebene zugeführt. Wie ein roter Faden zieht sich die Überzeugung durch das sehr gut lesbare Buch, die Handlungsfreiheit des UN-Sicherheitsrats reiche sehr weit, doch unterliege sie letzten rechtlichen Grenzen, die dann auch gerichtlich feststellbar sein müssten. In letzterer Hinsicht sieht de Wet auch und insbesondere Rechtsgutachten des Internationalen



Gerichtshofs als geeignetes Instrument an. Die Begriffe „Friedensbedrohung“, „Friedensbruch“ und „Angriffshandlung“ in Artikel 39 der UN-Satzung seien Rechtsbegriffe und damit nicht der gänzlich freien Bestimmung durch den Sicherheitsrat überantwortet; bei der Auswahl seiner Maßnahmen kollektiver Sicherheit sei der Sicherheitsrat nicht lediglich an zwingendes Völkerrecht („ius cogens“), sondern auch an einen Kernbestand von international anerkannten Menschenrechten gebunden. Ausgehend von diesen Prämissen wird das gesamte Spektrum von Maßnahmen, dessen sich der Sicherheitsrat inzwischen bedient, durchdekliniert – mit der einen, aber betrüblichen Ausnahme quasilegislativer Anordnungen, wie sie sich in der berühmten Antiterrorismusrésolution 1373 finden. Besonders spannend liest sich die Wets Analyse der Invasion des Irak durch die „Koalition der Willigen“. Die These der Koalition, der Gewalteininsatz sei durch die Artikel 42 und 48 der UN-Satzung in Verbindung mit Resolution 678 des Sicherheitsrats gedeckt, wird mit Recht verworfen. Zu der in diesem Konflikt bedrohlich aufscheinenden Problematik des Streites über weit und ungenau gefasste Ermächtigungsrésolutionen entwickelt die Wets die weitreichende These, derartige Mandate müssten ihre zur Gewaltanwendung berechtigende Wirkung verlieren, sobald die Gewaltanwendung nicht mehr von einer Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrats getragen sei. Vielleicht wird mancher Völkerrechtsberater der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats die Thesen der Wets mit Widerwillen zur Kenntnis nehmen, setzt die Autorin dem unbändigen Willen der Staaten nach maximaler Handlungsfreiheit doch mit starken Argumenten zu. Vielleicht aber wird sich ein solcher Völkerrechtsberater nach der Lektüre der Einsicht nicht länger verschließen, dass die Autorität des Sicherheitsrats auch davon abhängt, dass sich dieses Organ bei der Ausübung seiner sehr beträchtlichen Machtbefugnisse nicht gänzlich von der Bindung an das Recht frei macht.

## Essays on War in International Law

Christopher Greenwood | Cameron May 2006, ISBN 1905017324, 701 Seiten



Seit vielen Jahren ist der englische Völkerrechtler Christopher Greenwood als einer der führenden Schriftsteller im Bereich des Friedenssicherungsrechts (das man heute als „ius contra bellum“ bezeichnen kann) und des Rechts der bewaffneten Konflikte (das mit den Genfer Konventionen von 1949 aus dem klassischen „ius in bello“ hervorgegangen ist) international anerkannt. Mit seinen inhaltlich etwas verkürzend so benannten „Essays on War“ versammelt Greenwood seine zentralen Schriften zu beiden genannten Rechtsgebieten aus den letzten 20 Jahren. Hieraus ist kein Lehrbuch erwachsen, dafür aber ein Werk, das zu nahezu sämtlichen Grundfragen des „ius contra bellum et in bello“ kenntnis- und gedankenreich Stellung bezieht. Spannend ist das Stöbern in Greenwoods gleichermaßen elegant wie präzise formulierten Schriften deshalb, weil der Autor die meisten Probleme ausgehend von der aktuellen Konflikts- bzw. Rechtsprechungspraxis entwickelt. So

wird die für das geltende Recht weiterhin fundamentale Unterscheidung zwischen Friedenssicherungsrecht und Konfliktsvölkerrecht im Zuge einer luziden Kritik des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zur Nuklearwaffenfrage entfaltet, Grund und Grenzen des „ius contra bellum“ erhalten über eine Fallstudie zur Bombardierung Libyens durch die USA nach dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1986 konkrete Konturen. Das kollektive Sicherheitssystem gewinnt durch eine rechtliche Analyse der militärischen Befreiung Kuwaits an Farbe, und das Völkerrecht der militärischen Besetzung wird über eine kritische Schilderung der Praxis Israels lebendig.

Es ist ein nicht geringer Gewinn der Lektüre, dass man bei Greenwood fast durchgängig sicher sein darf, dem offiziellen Standpunkt Großbritanniens mindestens nahe zu sein – gilt doch Großbritannien unverändert als ein herausragender Akteur auf dem Feld des Völkerrechts der internationalen Sicherheit. Augenfällig wird die Nähe zur britischen Regierungsposition (die Greenwood dank seines engen Kontakts zum Foreign Office nicht selten mitgestaltet haben mag) bei den Beiträgen zur Kosovo-Operation (1999) und zum Irak-Krieg (2003). Der erste Text liefert eine Argumentation für das Recht zur bewaffneten Intervention zur Abwendung einer drohenden humanitären Katastrophe bei Handlungsunfähigkeit des UN-Sicherheitsrats, die in ihrer Akribie auch die zahlreichen Kritiker nicht unbeeindruckt lassen kann. Was seine Rechtfertigung des Irak-Kriegs anbetrifft, so überzeugt Greenwoods Rechtfertigung am Ende nicht; doch sollten diejenigen, die die Invasion der „Koalition der Willigen“ für „glasklar“ völkerrechtswidrig halten, ihr Urteil im Licht der äußerst scharfsinnigen und ernsthaften Gegenrede Greenwoods überprüfen.

## Afrika

Andreas Eckert über einen Kontinent zwischen Ausbeutung und Urbanisierung



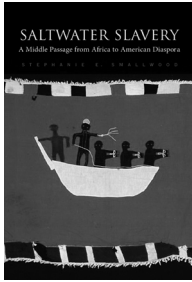
Dr. Andreas Eckert, geb. 1964, ist Professor für die Geschichte Afrikas am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. 2007 erschien von ihm „Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tansania, 1920-1970“ (Oldenbourg).

### Saltwater Slavery. A Middle Passage from Africa to American Diaspora

Stephanie Smallwood | Harvard University Press 2007, ISBN 9780674023499, 273 Seiten

Die auf Sklavenarbeit basierenden Plantagensysteme in Brasilien, der Karibik und später im Süden Nordamerikas bildeten vom 16. bis in das 19. Jahrhundert hinein einen zentralen Bestandteil der atlantischen Wirtschaft. In diesem Zeit-



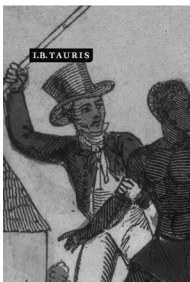


raum wurden mehr als zwölf Millionen Menschen von Afrika in die Amerikas verschleppt, um auf den Feldern der „Neuen Welt“ zu schuften – die größte Zwangsmigration in der Geschichte der Menschheit. Für das Gros der Zeitgenossen waren Sklaverei und Sklavenhandel eine Selbstverständlichkeit, die keinerlei Rechtfertigung bedurfte. Sklaverei gehört international zu den am intensivsten beachteten Feldern der Historiographie, wengleich sich die deutsche Geschichtswissenschaft hier vornehm zurückhält. Dieses Jahr drängen besonders viele Studien auf den Markt des Wissens, denn vor genau 200 Jahren verbot das britische Parlament den Sklavenhandel und leitete damit das langsame Ende des Handels mit Menschen über den Atlantik ein. Zu den eindrucksvollsten Neuerscheinungen gehört die Untersuchung der amerikanischen Historikerin Stephanie Smallwood. Der Autorin gelingt es, eine wahrhaft transatlantische Perspektive zu entwickeln und dabei sowohl die Situation in Westafrika als auch die Middle Passage – also die für die Sklaven traumatische und nicht selten tödliche Überfahrt über das Meer – und die Entwicklungen in Nordamerika in gleicher Dichte einzubeziehen. Die Middle Passage markierte dabei allem Schrecken zum Trotz keinen Bruch, sondern viel eher eine Brücke, über die während Jahrhunderten immer wieder neue afrikanische Kulturelemente nach Amerika fanden. Die soziale Geographie schwarzen Lebens im atlantischen Raum war in der Zeit des Sklavenhandels geprägt durch die, so Smallwood, „verschwommenen und blutigen Grenzen zwischen Gefangenschaft, Verkauf und Diaspora“. Die afrikanischen Sklaven verließen dabei nicht so sehr eine Welt und betraten eine andere. Vielmehr bewegten sie sich ohne eigenen Fahrplan, unfreiwillig, getrieben von anderen Personen und Interessen.

raum wurden mehr als zwölf Millionen Menschen von Afrika in die Amerikas verschleppt, um auf den Feldern der „Neuen Welt“ zu schuften – die größte Zwangsmigration in der Geschichte der Menschheit. Für das Gros der Zeitgenossen waren Sklaverei und Sklavenhandel eine Selbstverständlichkeit, die keinerlei Rechtfertigung bedurfte. Sklaverei gehört international zu den am intensivsten beachteten Feldern der Historiographie, wengleich sich die deutsche Geschichtswissenschaft hier vornehm zurückhält. Dieses Jahr drängen besonders viele Studien auf den Markt des Wissens, denn vor genau 200 Jahren verbot das britische Parlament den Sklavenhandel und leitete damit das langsame Ende des Handels mit Menschen über den Atlantik ein. Zu den eindrucksvollsten Neuerscheinungen gehört die Untersuchung der amerikanischen Historikerin Stephanie Smallwood. Der Autorin gelingt es, eine wahrhaft transatlantische Perspektive zu entwickeln und dabei sowohl die Situation in Westafrika als auch die Middle Passage – also die für die Sklaven traumatische und nicht selten tödliche Überfahrt über das Meer – und die Entwicklungen in Nordamerika in gleicher Dichte einzubeziehen. Die Middle Passage markierte dabei allem Schrecken zum Trotz keinen Bruch, sondern viel eher eine Brücke, über die während Jahrhunderten immer wieder neue afrikanische Kulturelemente nach Amerika fanden. Die soziale Geographie schwarzen Lebens im atlantischen Raum war in der Zeit des Sklavenhandels geprägt durch die, so Smallwood, „verschwommenen und blutigen Grenzen zwischen Gefangenschaft, Verkauf und Diaspora“. Die afrikanischen Sklaven verließen dabei nicht so sehr eine Welt und betraten eine andere. Vielmehr bewegten sie sich ohne eigenen Fahrplan, unfreiwillig, getrieben von anderen Personen und Interessen.

## After Abolition. Britain and the Slave Trade since 1807

Marika Sherwood | I.B. Tauris 2007, ISBN 9781845113650, 246 Seiten



Im Jahr 1944 erschien das Buch „Capitalism and Slavery“ des karibischen Historikers Eric Williams, das mit Fug und Recht als Klassiker der Geschichtsschreibung zur Sklaverei gelten kann. Auf dem Hintergrund seiner Überzeugung, dass nicht Ideen, sondern das Geld die Welt regiere, deutete Williams die Abolition im Wesentlichen als zwangsläufige Folge veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die Sklaverei, so Williams zentrale These, sei abgeschafft worden, weil sie sich nicht länger rentierte. Zunächst hätten Sklavenhandel und mit Sklavenarbeit betriebene Plantagenökonomie in den

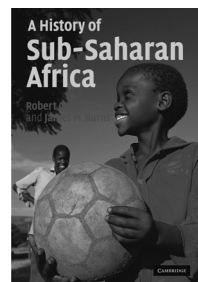
Amerikas das Kapital für die Industrielle Revolution generiert. Der Dreieckshandel sei vor allem dadurch so bedeutsam gewesen, weil er ideal in das merkantilistische Wirtschaftssystem gepasst und auf diese Weise die Landwirtschaft in den Kolonien, die Manufakturen im Mutterland und den internationalen Handel gleichermaßen gefördert habe. Bis dahin hatte in der Historiographie wie in

der Öffentlichkeit eine idealistische Interpretation der Abolition dominiert, welche die Beendigung von Sklavenhandel und Sklaverei im britischen Empire zuvorderst als Sieg einer neuen humanitaristischen Haltung über Vorurteile, Gleichgültigkeit und wirtschaftliche Interessen deutete. Den Ton hatte William E.H. Lecky in seiner 1869 erstmals publizierten „History of European Morals from Augustus to Charlemagne“ vorgegeben. Der Kreuzzug Englands gegen die Sklaverei habe „wohl zu den drei oder vier perfekten Seiten in der Geschichte der Nationen“ gehört. Weder diese idealistische Version von der Abolition noch Williams markante Thesen können heute noch unverminderte Gültigkeit für sich beanspruchen. Dennoch, schreibt die englische Historikerin Marika Sherwood in ihrer neuen, provokanten Studie, gelte die von Williams aufgemachte Verknüpfung zwischen Sklavenhandel und britischer Ökonomie gerade auch für die Zeit nach der formalen Abolition 1807. Sherwood zeichnet detailliert nach, wie Sklaverei bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ein wesentlicher Bestandteil britischer Investitionen, des Handels und des Empire blieb. Britische Kaufleute, Schiffsbauer, Versicherungsagenten, Bankiers und Fabrikbesitzer profitierten weiterhin vom Handel mit Menschen und der Ausbeutung von Sklaven auf Plantagen und in Minen. Die daraus resultierenden Profite stellten einen wichtigen Schrittmacher für Großbritanniens Entwicklung im 19. Jahrhundert dar, besonders sichtbar in den großen Industriestädten Liverpool und Manchester sowie in der Finanzmetropole London, wo jeweils viele Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Sklaverei abhingen.

## A History of Sub-Saharan Africa

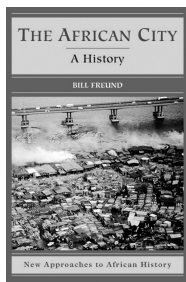
Robert O. Collins und James M. Burns | Cambridge University Press 2007, ISBN 9780521867467, 406 Seiten

Die Frage, wie tief die Auswirkungen des Sklavenhandels auf Afrika selbst waren, ist in der Forschung umstritten. In ihrer neuen, ausgezeichnet lesbaren Gesamtdarstellung betonen die amerikanischen Historiker Robert Collins und James Burns zum einen die beträchtlichen demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Zwangsexodus für viele afrikanische Regionen. Zum anderen heben sie die „Unverwüstlichkeit“ afrikanischer Menschen und ihrer Institutionen hervor, die geholfen habe, die Zeit des Leidens zu überleben. Recht optimistisch ist auch ihre Bilanz nach fünf Dekaden Unabhängigkeit. Die Autoren leugnen zwar nicht die düsteren und zum Teil von afrikanischen Politikern selbst zu verantwortenden Fehlentwicklungen, sehen jedoch Licht am Horizont. Nicht zuletzt betonen sie das südlich der Sahara wachsende Bewusstsein für regionale und kontinentale Kooperation. Ob die von ihnen gelobte Afrikanische Union allerdings tatsächlich den Weg zu neuen Ufern wird weisen können, bleibt abzuwarten.



## The African City

Bill Freund | Cambridge University Press 2007, ISBN 9780521527927, 224 Seiten



Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs rasante Urbanisierung kann als der vielleicht bedeutendste sozioökonomische Trend auf dem afrikanischen Kontinent im 20. Jahrhundert gelten. Gegenwärtig leben hier – glaubt man einigen Statistiken – bereits fast ebenso viele Menschen in Städten wie auf dem Lande. Halten die gegenwärtigen Wachstumsraten an, werden im Jahre 2020 Afrikas Ballungsräume wie Johannesburg, Lagos und Kinshasa zu den weltweit größten urbanen Konglomeraten zählen. Dieses Wachstum verläuft allerdings weitgehend außerhalb der Kontrolle von Politikern und Stadtplanern. Ungenügende Infrastruktur, fehlende Versorgung mit Sozial- und anderen Dienstleistungen, mangelnde Sicherheit, unzureichender Wohnraum und hohe Arbeitslosigkeit gehören zu den Charakteristika der afrikanischen Metropolen. Viele der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Probleme südlich und nördlich der Sahara werden zunehmend mit der Verstädterung in Verbindung gebracht. Das hat sich auch in der internationalen Forschung niedergeschlagen. Noch vor zwei, drei Dekaden galt Afrika bei den meisten Wissenschaftlern als vornehmlich ländlich-agrarisch geprägter Kontinent, dessen Städte gleichsam eine „quantité négligeable“, ja geradezu etwas „Unnatürliches“ darstellten. Erst seit kurzem entdecken zahlreiche afrikawissenschaftliche Disziplinen die Stadt als Arena, in der sich grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen vollziehen. Der in Durban lehrende Historiker Bill Freund bietet jetzt einen konzisen Einblick in das Thema. Urbanisierung in Afrika begann, wie Freund betont, nicht erst im 20. Jahrhundert, sondern stellte ein wichtiges Merkmal der afrikanischen Geschichte der vergangenen zwei Jahrtausende dar. Derzeit befänden sich sowohl die Geographie als auch die politischen und sozialen Strukturen der afrikanischen Metropolen im Umbruch. Sollen die neuen Formen funktionieren, dann müssen, so Freund, die historischen und kulturellen Gegebenheiten der jeweiligen Städte ausreichend Berücksichtigung finden.

## Russland

Jörg Baberowski über Städte und Staatsterror in Russland



Dr. Jörg Baberowski, geb. 1961, ist Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2006 erschien von ihm „Ordnung durch Terror“ (Dietz).

## Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte

Karl Schlögel, Frithjof Benjamin Schenk und Markus Ackeret | Campus Verlag  
2007, ISBN 9783593383217, 439 Seiten

Es gibt keine Geschichte ohne Orte. Doch die Ortsangaben sind in den Geschichten der Historiker nur Namen ohne Inhalt. Man erfährt, wo sich eine Geschichte ereignet, aber man erfährt nicht, was der Ort des Geschehens mit dem Geschehen zu tun hat. Das ist der Vorwurf, den Karl Schlögel gegen eine Historikerzunft erhebt, die den Raum vergessen habe. Eine Geschichte des Petersburger Adels, so müsste man mit Schlögel sagen, wäre nur eine halbe Geschichte, wenn sie nicht auch von der Stadt erzählte, in der diese Adligen lebten. Denn der Raum verklammert Natur und Artefakte miteinander, gibt der Stadt eine Gestalt. Menschen bewegen sich auf einem Boulevard anders als auf einer schlammigen Dorfstraße, sie richten sich in Palästen anders als in Hütten ein. Mit den Umgebungen ändern sich auch die Handlungsmöglichkeiten von Menschen. Wer also wissen will, wie Menschen in Städten leben, muss eine „topographische“ Stadtgeschichtsschreibung betreiben. Das ist auch das Ziel des von Schlögel zusammen mit Frithjof Benjamin Schenk und Markus Ackeret herausgegebenen Buches über die Geschichte Sankt Petersburgs im 19. und 20. Jahrhundert.

Worum geht es in diesem Buch? Vor allem um den physischen Raum, in dem sich Menschen bewegen, der ihre Handlungsmöglichkeiten begrenzt und der ihren Interpretationen ausgesetzt ist. Denn der Raum ist immer ein gedeuteter Raum. Die Denkmäler und Gärten, die Paläste und Straßen Petersburgs waren Orte der Macht, an denen die Herrschaft ihre Interpretation der Welt offenbarte. Als Alexander III. und Nikolaj II. im späten 19. Jahrhundert damit begannen, die Stadttarchitektur zu „russifizieren“, um ihr ein „authentisches“, uneuropäisches Aussehen zu verleihen, veränderten sie damit zugleich das Raum- und Lebensgefühl der Stadtbewohner. Die Orte der Macht waren umstrittene Orte. Sie waren Orte der Militärparaden, der Einschüchterung, der Demonstration und des Festes. Es war kein Zufall, dass die Revolution hier triumphierte, weil nur am Ort der Macht auch ihr Ende demonstriert werden konnte. Wo die Revolution siegte, demontierte sie die physischen Überreste des alten Regimes im Stadtbild. Aber das ist nicht alles. Petersburg war auch eine Stadt des Verkehrs und der Mobilität. Die Häfen, Kanalsysteme, Straßenverbindungen und Bahnhöfe veränderten das Lebensgefühl der Stadtbewohner im späten 19. Jahrhundert. Petersburg verwandelte sich in eine Metropole, eine Stadt von Einwanderern. Die Bahnhöfe brachten nicht nur neue Menschen in die Stadt, sie ließen neue Stadtviertel entstehen, sie veränderten die Grundstückspreise und sie verbäuerten die Wohnbezirke. Nicht mehr die Paläste, sondern die Schornsteine der Industrie markierten die Zentren der Stadt. Der Schauplatz ist keine tote Bühne, auf der sich eine Geschichte ereignet. Er vermittelt uns eine bessere Vorstellung davon, wie man das Leben von Menschen verstehen kann, die in einer Stadt gelebt haben. Und darin liegt die Bedeutung dieses lehrreichen und schönen Bandes.



## Das russische Berlin. Ostbahnhof Europas

Karl Schlögel | Hanser 2007, ISBN 9783570550229, 510 Seiten



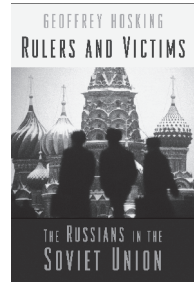
Berlin ist nicht nur die Hauptstadt Deutschlands. Berlin ist eine Drehscheibe zwischen Ost und West, ein Ort, an dem sich das Neue mit dem Alten verbindet und die Verbindung nach Osteuropa sichtbar wird. Denn die Hauptstadt der Deutschen ist, wie schon in den zwanziger Jahren, auch zur Heimat vieler Russen geworden. Wer wissen will, was das alte und das neue Europa ist, muss Berlin lesen. So ist das Anliegen Karl Schlögels zu verstehen, das russische Berlin wiederzuentdecken. Aber man erfährt in diesem wunderbaren Buch nicht nur, wo die russischen Emigranten der zwanziger Jahre und die russischen Neureichen unserer Zeit ihren Alltag verbrachten und verbringen, wo einst die Orte waren, an denen Deutsche und Russen einander begegneten und wo die Verkehrswege zusammenliefen, die Europa mit Russland verbanden. Man kann auch mehr über die sozialen und kulturellen Räume erfahren, in denen Menschen miteinander verkehren. Die Begegnung deutscher und sowjetischer Diplomaten, die Schlögel am Beispiel des russischen und des deutschen Botschafters, Nikolaj Krestinskij und Graf von der Schulenburg, beschreibt, verweist auf die zivilisatorischen Leistungen der diplomatischen Kultur. Was es bedeutete, in einer Stadt kosmopolitischer Intellektueller zu leben, zeigt sich in den Tagebüchern von Harry Graf Keßler, im Salon Karl Radeks und in den Erlebnissen des Schriftstellers Vladimir Nabokov. Zu dieser untergegangenen Welt gehörten nicht nur die Emigranten, Schriftsteller und Künstler, sondern auch die Generäle der Wehrmacht, die enge Kontakte zum russischen Milieu und zum bolschewistischen Militär unterhielten, und Historiker wie der deutschnationale Professor Otto Hoetzsch, der aus Liebe zu Russland seine Karriere im nationalsozialistischen Deutschland aufs Spiel setzte. Am Ende begreift man, wie Geographie, Raum und Kultur zu einem Ganzen verknüpft sind. Der Schlesische Bahnhof, heute „Ostbahnhof“, war einst eine Schnittstelle zwischen Ost und West. Er verband Paris mit St. Petersburg und wurde erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem traurigen Symbol der europäischen Teilung. Aber der Bahnhof ist nicht nur ein Symbol, er ist auch ein Ort der Ankunft, des Vorbeifahrens und der Abreise, der Menschen verbindet. In diesem Sinn muss man den Untertitel des Buches verstehen: Berlin ist der Ostbahnhof Europas. Wer diesen Ort beschreibt, gibt zugleich darüber Auskunft, was Europa war und ist.

## Rulers and Victims. The Russians in the Soviet Union

Geoffrey Hosking | Harvard University Press 2007, ISBN 9780674021785, 484 Seiten

Spätestens seit 1991, als auf dem Territorium des untergegangenen sowjetischen Imperiums neue Staaten und Nationen entstanden, haben die Historiker entdeckt, dass eine Geschichte der Sowjetunion eine Geschichte des Vielvölker-

reiches sein muss. Seither sind Geschichten der Ukraine, der baltischen Republiken, des Kaukasus und Zentralasiens erschienen, die ins Bewusstsein gerückt haben, dass die Sowjetunion mehr war als eine sowjetische Version Russlands. Aber gab es auch eine russische Nation in der Sowjetunion? Hatten die Russen ein Nationalbewusstsein, ein Territorium und eine gemeinsame Geschichte? Darüber war in der historischen Literatur nicht viel zu erfahren, weil man die Russen stets mit dem Imperium als Ganzem in Verbindung gebracht hatte. Als das Imperium zerfiel, verloren die Russen ihre Heimat. Aber war das Imperium auch eine Nation? Das ist die Frage, die Geoffrey Hosking in seinem Buch über die Russen in der Sowjetunion beantworten möchte.



Die Thesen des Buches sind einfach. Hosking macht einen „imperialen Nationalismus“ aus, der sich vom Nationalismus kleiner Völker unterscheidet und den er „missionarischen Nationalismus“ nennt: Eine dominante ethnische Gruppe, die sich mit dem Imperium identifiziert, macht es sich zur Aufgabe, die übrigen ethnischen Gruppen zu integrieren und dem Imperium seinen Stempel aufzudrücken. Das ist auch der Grund, warum der missionarische Nationalismus nicht an ein Territorium, sondern an Ideen gebunden ist. Hosking identifiziert zwei Ideen: die Orthodoxie und den Sozialismus als spezifisch russische Formen des Messianismus, die sich mit den Traditionen des russischen Kollektivismus zu einer nationalen Identität verbunden hätten. Man könnte auch sagen, dass die Traditionen der kollektiven Solidarhaftung die Grundlage der russischen Nation, die Orthodoxie und der Sozialismus ihre ideologische Rechtfertigung waren. Bis zum Jahr 1905 habe sich die russische Mission religiös begründet, danach marxistisch. Der Sozialismus sei der russische Messianismus des 20. Jahrhunderts gewesen, der es dem Regime in den späten Stalin-Jahren ermöglicht habe, den Sozialismus zu „russifizieren“. Zwar hatten die Russen im Unterschied zu anderen ethnischen Gruppen keine nationale Heimat. Sie hatten den Sozialismus und seine Mission, sie konnte die Weltrevolution und die Idee der Gerechtigkeit auf Erden mit dem Russischen und den Lebensformen des Russischen verbinden, so Hosking. Diese Verknüpfung von Sozialismus und imperialer Nation sei gescheitert, weil die Ethnisierung der Sowjetunion nach Stalins Tod dazu geführt habe, dass auch die Russen das Imperium nicht mehr als ihre Heimat erleben konnten. Die Russen arbeiteten ebenso am Sturz des Imperiums mit wie die Nicht-Russen. Nur erlebten sie sein Ende nicht als Befreiung, sondern als nationales Desaster. Deshalb wirft die Wiederentdeckung Russlands zugleich die Frage nach dem Ort der russischen Nation auf. Diese Frage ist von Hosking gestellt, aber nicht beantwortet worden. Eine solche Antwort wird man nur bekommen, wenn man die russischen mit den ukrainischen, lettischen und georgischen Fragen verbindet. Denn die Geschichte der Russen müsste als eine Geschichte des Imperiums erzählt werden. Zu ihr gehören auch die Nicht-Russen.

## Russisches Tagebuch. Mit einem Vorwort von Sonja Mikich

Anna Politkovskaja | DuMont 2007, ISBN 9783832180225, 458 Seiten



Wahrscheinlich hätte dieses Buch nur wenige Leser gefunden, wäre seine Autorin, Anna Politkovskaja, nicht im Oktober 2006 von einem Auftragskiller in Moskau ermordet worden. Niemand weiß, wer den Mord in Auftrag gegeben hat, aber es besteht kein Zweifel, dass der Befehl zur Tötung der Journalistin im Zentrum der Macht gegeben wurde. In ihrem Tagebuch, dessen Aufzeichnungen im Dezember 2003 beginnen und im August 2005 enden, kann man erfahren, warum die Journalistin in den Augen der Macht eine Gefahr darstellte. Der Text ist eine Anklageschrift, ein Aufschrei gegen die Willkür, das Unrecht und die Gewalt, die in Putins Russland herrschen. Was Politkovskaja über die russische Wirklichkeit zu erzählen weiß, raubt einem den Atem. Während der Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003 wurden nicht nur Geschenke an die Wähler verteilt. Kandidaten oppositioneller Parteien seien bedroht, eingeschüchtert und gezwungen worden, ihre Kandidatur zurückzuziehen. In manchen Wahlkreisen durften zuverlässige Wähler zweimal wählen, in Tschetschenien gab es am Ende mehr Stimmen als Wähler. Politkovskaja erzählt von unterwürfigen Journalisten, gleichgeschalteten Medien, vom Zynismus der Herrschenden und der Furcht der Intelligenz, Opfer der Gewalt zu werden. Nicht anders verlief die Wiederwahl Putins bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2004, als der oppositionelle Kandidat Ivan Rybkin vom Geheimdienst entführt und verschleppt wurde. In der Kaukasus-Region Inguschetien etwa hatten sich offiziell 98 Prozent aller Bewohner für Putin entschieden, für Politkovskaja ein Geschenk des lokalen Potentaten, mit dem er seine Loyalität zum Präsidenten unter Beweis stellen wollte.

Zu den bedrückendsten Passagen des Tagebuchs gehören die Gewaltszenen: die Entführung und Verschleppung von Bürgerrechtlern, die Ermordung kritischer Journalisten, die Inszenierung von Schauprozessen gegen die oppositionellen Nationalbolschewisten, die blutige Beendigung des Geiseldramas von Beslan und die alltägliche Entwürdigung, Folter und Terror, mit denen das Regime seine Herrschaft in Tschetschenien ausübt. Im August 2004 erhielt Politkovskaja die Gelegenheit, mit Putins Statthalter in Tschetschenien, Ramsan Kadyrov, zu sprechen. Das Tagebuch verzeichnet das gesamte Interview. Es ist ein Dokument des Schreckens, das die Leser mit den Phantasien eines menschenverachtenden Gewalttäters vertraut macht. Kadyrov ist der Vertraute des russischen Präsidenten. Mehr muss man nicht wissen, um zu verstehen, worin die Essenz des Putin-Regimes besteht. Und man versteht auch, warum die mutige Journalistin sterben musste. Mit ihrem Tagebuch hat sie der Nachwelt wenigstens noch sagen können, was sie gesehen hat. Wir können daraus Lehren ziehen.

# Globalisierung und Weltwirtschaft

Erich Weede über Chancen und Risiken der weltweiten Migration



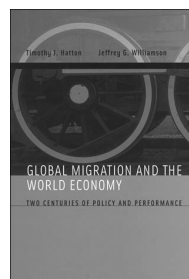
Dr. Erich Weede, geb. 1942, war bis 2004 Professor für Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 2005 erschien von ihm „Balance of Power, Globalization and the Capitalist Peace“ (Friedrich-Nauermann-Stiftung).

## Global Migration and the World Economy

Timothy J. Hatton & Jeffrey G. Williamson | MIT Press 2006,  
ISBN 0262083426, 471 Seiten

Freier Handel und freie Migration haben – folgt man einer ganz einfachen Version ökonomischer Theorie – ähnliche Auswirkungen. Sie bedrohen die Arbeitsplätze und die Löhne der Wenigqualifizierten in den verhältnismäßig reichen Ländern. Die Ökonomen Timothy J. Hatton (Australien) und Jeffrey G. Williamson (USA) halten dagegen: Freier Handel und freie Migration können den globalen Lebensstandard wesentlich heben. Der potenzielle Beitrag der freien Migration ist sogar noch höher als der des freien Handels. Denn nur freie Migration erlaubt es den Menschen von Orten, an denen ihre Produktivität niedrig ist, an Orte zu gelangen, wo ihre Produktivität hoch ist. Vor dem Ersten Weltkrieg, in der ersten Globalisierungsphase, hat freie Migration – vor allem aus Europa nach Nordamerika – mehr als der Freihandel zu Wohlstandsgewinnen und Konvergenz im atlantischen Raum beigetragen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts haben allerdings die Migrationskosten und die Armut eine massive Beteiligung von Nichteuropäern an der Migration nach Amerika verhindert, danach (bis Mitte der sechziger Jahre) zunehmend politische Restriktionen.

Während in der ersten Globalisierungsphase die Migration freier als der Handel war, ist es in der zweiten Globalisierungsphase, in der wir leben, umgekehrt. Der Handel ist relativ frei, die Migration ist reglementiert. Außerdem ist Europa zum Zuwanderungsgebiet geworden und Lateinamerika zum Abwanderungsgebiet. Weil die Löhne zwischen Europa und Nordamerika noch Ende des 19. Jahrhunderts im Verhältnis 1:2 auseinanderklafften, heute aber zwischen vielen bevölkerungsstarken Entwicklungsländern und den reichen Ländern des Westens mindestens im Verhältnis 1:5, bietet Migration aus globaler Sicht eigentlich eine riesige Quelle denkbarer Wohlstandsgewinne. Aber die Zuwanderung Wenigqualifizierter ist aus Verteilungsgründen, in Wohlfahrtsstaaten auch aus fiskalischen und soziokulturellen Gründen – von der Sorge um die kulturelle Identität der Aufnahmeländer bis hin zu Fremdenfeindlichkeit – zunehmend unerwünscht. Wer sich über Theorie, ökonometrische Evi-





denz zu den Determinanten und Auswirkungen der Migration oder Migrationspolitik informieren will, sollte an diesem Werk nicht vorbeigehen.

## Immigrants: Your Country Needs Them

Philippe Legrain | Little and Brown 2007, ISBN 9780316732482, 374 Seiten



Jedes Jahr sterben mehr Menschen bei dem Versuch, illegal aus Mexiko in die USA zu gelangen, als in drei Jahrzehnten bei dem Versuch, die Berliner Mauer von Ost nach West zu überwinden. „Immigrants. Your Country Needs Them“ lautet der Titel eines Buches, in dem der britische Journalist Philippe Legrain zu begründen versucht, warum freie Zuwanderung aus armen in reiche Länder im Interesse nicht nur der Zuwanderer und ihrer Heimatländer liegt, sondern auch und vor allem in dem der Aufnahmeländer. Legrain verweist auf Schätzungen, die eine Verdoppelung des Weltprodukts

für möglich halten, wenn alle Grenzen geöffnet würden. Für nur am Rande relevant hält Legrain die Verdrängung einheimischer Unqualifizierter durch zuwandernde Unqualifizierte, denn Zuwanderer schafften immer auch Arbeitsplätze für andere.

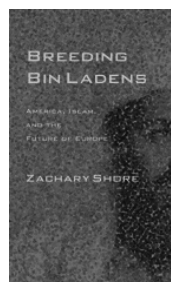
Paradebeispiel Legrains für die Vorzüge einer aufnahmebereiten Volkswirtschaft ist Israel, das in nur zwei Jahren durch die Zuwanderung russischer Juden Anfang der neunziger Jahre seine arbeitsfähige Bevölkerung um acht Prozent erweiterte. Diese Zuwanderung führte nicht zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und nur vorübergehend zu – geringfügig – fallenden Löhnen. Für die USA zitiert Legrain eine Studie, wonach 92 Prozent der Menschen letztlich von Zuwanderung profitieren und nur acht Prozent darunter leiden. Legrain kritisiert rückwärtsgewandte Vorstellungen nationaler Identität und ethnischer Homogenität. Um Sorgen vor einer „Überfremdung“ zu zerstreuen, plädiert er für mehr zeitweilige Zuwanderung von Gastarbeitern ohne Familienangehörige. Dabei spielt er allerdings zum einen die historische Erfahrung herunter, wonach zeitweilige Zuwanderung dazu tendiert, dauerhaft zu werden, zum anderen bedenkt er kaum, dass zumindest permanente Zuwanderung auch die Wählerschaft ändert. Der Frage, was ein zunehmender Anteil muslimischer Wähler für europäische Gesellschaftsordnungen über die Zuwanderungsgeneration hinaus bedeuten kann, würde man eine Erörterung wünschen, die über die Aussage, dass demokratisch legitimierte Gesetze Vorrang vor dem göttlichen Gesetz haben müssen, hinausgeht. Wer sich als Befürworter einer freiheitlichen Marktwirtschaft von Legrains Plädoyer für offene Grenzen überzeugen lässt, könnte dennoch geneigt sein, nicht alle Zuwanderer gleichermaßen mit offenen Armen zu empfangen. Selbst wenn man wenig Furcht vor terroristischen Neigungen einer winzigen Minderheit der Muslime hat, besteht Anlass zur Sorge, dass viele Muslime ihren Kindern oder gar anderen Muslimen das für uns Europäer selbstverständliche Recht vorenthalten wollen, von jeder Religion und damit auch vom Islam abfallen zu dürfen.

## Breeding Bin Ladens. America, Islam, and the Future of Europe

Zachary Shore | Johns Hopkins University Press 2006, ISBN 0801885051, 223 Seiten

Zachary Shore, der zeitweilig im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums tätig war, analysiert in seiner Studie die Gewaltneigung einer winzigen Minderheit europäischer Muslime, die sich bei der Ermordung Theo van Goghs in den Niederlanden 2004, bei den Selbstmordattentaten in London im Juli 2005 oder den Vorstadtunruhen in Frankreich im Herbst 2005 manifestiert hat. Als Ursachen identifiziert Shore neben der Frustration und Ambivalenz vieler Muslime gegenüber westlichen Werten und Lebensstilen die Kritik an der amerikanischen und israelischen Politik im Nahen und Mittleren Osten. Von ihm zitierte Umfragedaten bestätigen die Distanz vieler europäischer Muslime zu westlichen Werten. Viele ausführlich dokumentierte Gespräche haben Shore davon überzeugt, dass gerade junge Muslime in Europa zunehmend ihre Identität im Islam suchen und finden. Weil die Zahl der Muslime in Europa sich durch Zuwanderung und hohe Nachwuchsrate in zehn Jahren verdoppeln könnte – der Anteil der Muslime in Frankreich etwa könnte schon in 20 Jahren bei einem Anteil von 25 Prozent liegen –, geht Europa den Autoren zufolge einer schweren Krise entgegen, wenn es ihm nicht gelingt, seine Muslime besser zu integrieren.

Das wird nicht leicht sein, weil enge Heimatkontakte die Integration der Zuwanderer erschweren, auch weil – was nur beiläufig für Großbritannien erwähnt wird – die Integration etwa von südasiatischen Muslimen in den Arbeitsmarkt wesentlich schwerer fällt als von Hindus. Nach Shore wird Europa mehr für die Integration der Muslime unternehmen müssen als bisher. Dabei denkt er vor allem an ein Headstart-Programm nach US-Vorbild zugunsten muslimischer Kinder, an Mikrokredite, mit deren Hilfe Muslime sich selbständig machen können, an Austausch- und Entsendeprogramme oder an die Einrichtung von Beratungsgremien. Aber die vorgeschlagenen Therapien werfen mehr Fragen auf als sie beantworten, etwa: War Headstart wirklich effizient? Und selbst wenn es das war – ist es übertragbar? Wenn es auch das wäre, kann man Europas Steuerzahler und Wähler zur Finanzierung überreden, wo doch Shore selbst nachdrücklich darauf hinweist, dass gesellschaftliche Heterogenität die Bereitschaft zur Finanzierung der Umverteilung untergräbt? Zudem kontrastiert die verhältnismäßig milde Therapie mit der Diagnose eines sehr schwerwiegenden sozialen Problems.



# Europa

Joachim Fritz-Vannahme über europäische Mutmacher



**Joachim Fritz-Vannahme, geb. 1955, leitet den Projektbereich Europa der Bertelsmann Stiftung. Davor arbeitete er lange Jahre als Europa-Korrespondent für die ZEIT in Brüssel.**

## Jahrbuch der Europäischen Integration 2006

Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.) | Nomos Verlag 2007, ISBN 9783832924478, 568 Seiten



Hart prallen die Interessen in einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedern aufeinander. Augenfälliger denn je stechen nach der Erweiterung des Jahres 2004 die sozialen und ökonomischen Unterschiede hervor. Zum alten Nord-Süd-Gefälle gesellt sich ein Ost-West-Gegensatz. Und damit soll europäische Politik fertig werden – wo doch die überfälligen institutionellen Reformen auf sich warten lassen und Bürgers Verdruss auf die Politik im Allgemeinen sich längst auch auf Europa im Besonderen überträgt? An Freiheit und Frust ziemlich gleich, sind die Europäer offenbar zusehends ungleicher geworden. Lässt sich die Gemeinschaft da überhaupt noch zusammenhalten, zusammenführen? So trübe kann man die derzeitige soziale und mentale Lage durchaus lesen. Doch es geht auch ganz anders, wie die drei hier besprochenen Bände belegen. Alle drei betonen sie das Verbindende, das Europäische hinter und über allem Zweifel. „Die Europäische Union ist nicht mehr ein eher bedeutungsloses Ornament der Politik, sondern sie ist durch Verflechtung und Kompetenzübertragung zum Kern politischer Machtarchitektur auf dem europäischen Kontinent geworden“, schreibt der Münchner Politikwissenschaftler und Mitherausgeber Werner Weidenfeld im „Jahrbuch der Europäischen Integration“. Wie stets folgt das Kompendium mit fast 80 Beiträgen dem alten französischen Sprichwort: „Wer viel liebt, straft auch gut.“ Jeder Bereich der Gemeinschaft wird streng gemustert, mit Kritik wird nicht geheizt – doch eigentlich ist der Zuchtmeister mit dem Zögling, gerade 50 Jahre alt geworden, zufrieden. Nein, stolz ist man, gerade bei diesem Jahrgang des Jahrbuchs.

## Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart

Hartmut Kaelble | C.H.Beck Verlag 2007, ISBN 9783406549847, 437 Seiten

Hartmut Kaelble, Sozialhistoriker an der Berliner Humboldt-Universität und ausgewiesener Kenner des europäischen Selbst- und Demokratieverständnisses, gelingt eine ganz eigene, überraschende Sicht auf Europas Entwicklung,

und das auf fulminante Weise. Seine „Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart“ arbeitet anhand der Forschungslage und der sozioökonomischen Grunddaten das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts überzeugend heraus. Seine überraschende Botschaft: Wir werden uns immer ähnlicher. Ob in der Familie oder bei der Arbeit, ob unter Eliten oder Migranten – heute verbindet Finnen und Portugiesen, Iren und Italiener, Deutsche und Franzosen zusehends mehr. Und selbst die Zäsur von 1989, das zeigt Kaelble, hat an diesem Befund nichts grundlegend geändert. Die Dynamik der schwindenden „Divergenzen“ und der wachsenden „Konvergenzen“, wie der Autor Kapitel um Kapitel vorführt, erfasst zusehends das gesamte Europa.



Diese 440 Seiten bestechen durch einen angenehm unaufgeregten Ton. Ein Beispiel, Seite 189: „Die akademische Bildung, die bis in die 1950er Jahre entscheidend für die bürgerliche soziale Distinktion war, taugte dazu immer weniger. Die Hochschulausbildung expandierte schon seit dem späten 19. Jahrhundert, erreichte aber nun neue Dimensionen. Um 2000 besuchte in vielen europäischen Ländern fast die Hälfte der Jahrgänge Hochschulen. Die Universitäten verloren dadurch ihren alten exklusiven Charakter. (...) Besitz verlor ebenfalls manches von seiner Schärfe als soziales Distinktionsmittel nach unten. Nicht nur das Bürgertum, sondern auch andere Bürger verfügten zunehmend über Besitz, waren Haus- und Autobesitzer, besaßen Lebensversicherungen, Bausparverträge sowie Wertpapiere. Die Vermögensverteilung blieb ungleich, milderte sich aber doch ab.“ Was nach außen, zwischen den Klassen, an sozialer Trennschärfe verloren ging, holten sich die Besserverdienenden allerdings innerhalb des Bürgertums durch ihre Lebensführung an sozialer Distinktion energisch zurück. Ähnlich meint nicht gleich, ja der Gegensatz zwischen Oberschichtenluxus und Armut „nahm am Ende des 20. Jahrhunderts eher zu“.

Aber gilt Kaelbles Milieuanalyse auch für die östlichen Gesellschaften nach 1989? Gewiss habe man es, so der Autor, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit einer scharfen Divergenz zu tun, hier „ein halbes Europa mit Bürgertum und ein halbes Europa ohne Bürgertum“ dort. Doch auf beiden Seiten der einstigen Trennlinie puffere eine Art gesamteuropäischer Alltag inzwischen die prägende Wucht der Milieus. Was der östliche Kommunismus ins Werk setzte, also das Verblässen alter Milieus, vollende der westliche Konsumismus heute. Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Bürger – sie unterschieden sich kaum noch. Und blieben bei aller Ähnlichkeit doch ungleich nach Armut und Reichtum. Oder in Kaelbles Kategorien ausgedrückt: Die Konvergenzen wachsen, die Divergenzen schwinden. Eine egalitäre Gesellschaft jedoch ergibt das nicht. Der Autor führt eine dritte Kategorie ein, die für sein Bild von Europa zentral wird: das Transnationale. Beispiele hierfür sind ihm die europäische Öffentlichkeit und die europäische Zivilgesellschaft. „Europäische Medien befassen sich im Allgemeinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mehr mit anderen Ländern und mit dem Raum außerhalb der eigenen Nation als amerikanische Medien. (...) Diese besondere europäische Transnationalität der Medien hat mehrere

Gründe. Sie hängt teils mit der staatlichen Kleinräumigkeit zusammen, die dazu zwingt, sich über andere Staaten, auf die man fortwährend stößt, genauer zu informieren. Sie hat auch mit der europäischen Integration und dem großen Gewicht (...) der Europäischen Union für den Alltag der Europäer zu tun.“ Kaelbles Beobachtung ist plausibel und steht doch quer zur gängigen Meinung, es mangle dieser Union gerade an einer europäischen Öffentlichkeit. So überraschend wie einleuchtend dann auch Kaelbles Beschreibung der europäischen Zivilgesellschaft. Er sieht diese als „eine stillere Zivilgesellschaft“, greife sie doch kaum „zum Instrument der öffentlichen Mobilisierung der Bürger, zu Demonstration, Kundgebungen, Streiks, dramatischen öffentlichen Events“. Grund sei die Arbeitsweise der europäischen Institutionen, vor allem der Kommission als erstem Adressaten der europäischen Zivilgesellschaft. Der Brüsseler Behörde nähere man sich am besten mit „Berichten, Eingaben, Memoranden, Gutachten, Aufrufen, Pressekonferenzen“. Europa wächst zusammen, trotz alledem. So das beruhigende Fazit nach der Lektüre von Kaelbles Buch.

## The European Economy since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond

Barry Eichengreen | Princeton University Press 2007, ISBN 9780691127101, 495 Seiten



Europa ist erfolgreich zusammengewachsen, doch was hat diese Metamorphose eigentlich reifen lassen? Das ist die Ausgangsfrage von Barry Eichengreens „The European Economy since 1945“. Dem Wirtschaftshistoriker von der kalifornischen Universität in Berkeley gelingt wie Kaelble eine mitreißende Tour d’horizon von 60 Jahren des „Coordinated Capitalism“, der Europa so erfolgreich gemacht habe. Die Hauptakteure und Helden dieser Erfolgsgeschichte sind Gewerkschaften, denen es um Solidarität geht; Arbeitgeberverbände, die durch Gelassenheit und Geschlossenheit bestechen; Regierungen, die sich dem Wachstum verschrieben haben. Stabile Löhne, kalkulierbare Sparquoten, dazu ein von den Banken gesteuerter Finanz- und Kapitalmarkt, dieses institutionelle Geflecht habe auf originelle Weise die europäische Wirtschaft zu atemberaubender Blüte getrieben. Das Wort vom Korporatismus ist für Eichengreen kein Schimpfwort, auch wenn er selbst „Koordination“ bevorzugt. Der Autor geht dabei in Opposition zum Ökonomen Mancur Olson, der den Aufstieg Europas (und Japans) nach dem Weltkrieg gerade mit dem Verschwinden der alten Eliten und ihrer „vested interests“ begründet. Eichengreen hält dagegen: „Der Krieg schob weder Frankreichs einflussreiche Bauernlobby von der europäischen Szene noch Deutschlands mächtige Gewerkschaften.“

Eichengreens Lob des Corporated Capitalism eröffnet noch in anderer Hinsicht einen überraschenden Blick auf Europa: Die Alte Welt kann also auf eigene Weise erfolgreich sein und muss nicht dem amerikanischen Modell folgen. Aber gilt das auch für die Zukunft? Auch hier überrascht der Autor aus Berkeley. Er sieht anders als viele seiner Landsleute und viele Auguren hierzulande

Europa im „Kampf der Systeme“ nicht zwangsläufig als Verlierer: „Der Optimismus über Europas Innovationskraft erliegt den Zweifeln über die Fähigkeit des Kontinents, bei der Entwicklung neuer Technologien den Vereinigten Staaten gleichkommen zu können. Alles was mit Zuversicht gesagt werden kann ist, dass auch das vorbeigehen wird.“ Der wahrlich abgeklärte Schlusssatz eines großen historischen Werkes. Also: Mehr Mut, Europa!

## Auswärtige Kulturpolitik

Kurt-Jürgen Maaß über die Dritte Säule der Außenpolitik



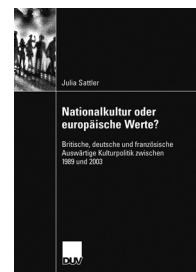
Dr. Kurt-Jürgen Maaß, geb. 1943, ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart und Honorarprofessor an der Universität Tübingen.

### Nationalkultur oder europäische Werte? Britische, deutsche und französische Auswärtige Kulturpolitik zwischen 1989 und 2003

Julia Sattler | Deutscher Universitäts-Verlag 2007, ISBN 9783835060586, 359 Seiten

„Auswärtige Kulturpolitik – ein Stiefkind der Forschung?“ lautete der Titel einer Tagung, die 2001 im Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart stattfand. Diese Formel wird seitdem in vielen wissenschaftlichen Arbeiten zitiert – oft auch ohne Fragezeichen. Es herrscht der Eindruck vor, dass zwar viel über Außenpolitik geforscht und veröffentlicht, die seit Bundeskanzler Willy Brandt „Dritte Säule“ genannte Außenkulturpolitik aber nach wie vor nur sehr am Rande behandelt werde. Ein zutreffender Eindruck? Immerhin umfasst die Liste der seit 2000 erschienenen Nachwuchsarbeiten, die das Institut für Auslandsbeziehungen in einer Bibliographie im Internet veröffentlicht hat, 250 Titel. Zwei jüngst erschienene Dissertationen lohnen vorgestellt zu werden.

Julia Sattler geht in ihrer Arbeit „Nationalkultur oder europäische Werte?“ der Frage nach, ob die Auswärtige Kulturpolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zwischen 1989 und 2003 national orientiert geblieben ist oder sich mehr und mehr in den Dienst der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gestellt hat. Die Antwort kann den Grad der Europäisierung in der Auswärtigen Kulturpolitik bestimmen und die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Außenkulturpolitik ausloten. Eine festgestellte

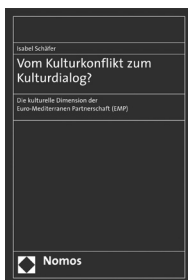


Europäisierung wäre auch ein Indiz für das Vorhandensein einer Basis an gemeinsamen Werten und damit einer europäischen Identität. Frau Sattler legt ihrer Arbeit die Integrationstheorie des Neofunktionalismus zugrunde, nach der die Integration in einem Bereich schrittweise die Ausweitung auf immer neue Politikbereiche nach sich zieht. Dabei kombiniert sie die Untersuchung von drei Fallbeispielen mit einer Dokumentenanalyse (Parlamentsdokumente, Jahrbücher) und einer Auswertung von Datensammlungen. Die deutschen Charakteristika sieht die Autorin in den Zielen Vertrauensbildung, Verbundenheit mit den westlichen Bündnispartnern, Friedenssicherung, Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes und steigendes Engagement in der EU und in internationalen Organisationen. Die Charakteristika der französischen Außenkulturpolitik liegen für sie in der Propagierung der französischen Zivilisation und der Position Frankreichs in der Welt, aber auch in der Unterstützung der französischen Kulturindustrie. Großbritannien schließlich wolle vor allem die Werte und Errungenschaften Großbritanniens vermitteln, namentlich das britische Gesellschaftsmodell.

Die recht aufwändige Auswertung der Parlamentsdokumente, die insgesamt ein Drittel der Dissertation einnimmt, wirkt durch die Einteilung in fünf Phasen etwas redundant, macht aber deutlich, welche Bedeutung die Parlamente der Außenkulturpolitik zumessen und mit wie vielen Erwartungen sie sie befrachten und teilweise überfrachten. Aus der faktenreichen Untersuchung ergibt sich für Sattler eine Annäherung der Außenkulturpolitik in zwei Punkten: eine stärkere Eingliederung in die nationale Außenpolitik und eine zunehmende Politisierung (vor allem über die Themen Demokratieförderung, Zivilgesellschaft, Rechtsstaat, Menschenrechte und freie Marktwirtschaft), letzteres in den Regionen Mittelost-, Südosteuropa, Zentralasien sowie Mittelmeer. Ihr Fazit: Die Außenkulturpolitik bleibt national orientiert und stellt sich nicht in den Dienst der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Insoweit wird die Integrationstheorie falsifiziert. Die Autorin ist aber optimistisch, dass in der Zukunft doch noch mehr Zusammenarbeit gelingen kann. Die größten Chancen dafür sieht sie in der Mittelmeer-Region und in Westasien.

## Vom Kulturkonflikt zum Kulturdialog? Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP)

Isabel Schäfer | Nomos 2007, ISBN 9783832925444, 297 Seiten



Exakt an der Stelle, an der Julia Sattler aufhört, dem Mittelmeer, setzt die Dissertation von Isabel Schäfer über „Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP)“ an. Frau Schäfer untersucht am Beispiel dieser Partnerschaft Formen von politischer Mobilisierung kultureller Assoziationen und Referenzen und die kulturellen Dimensionen des Barcelona-Prozesses. Ihre zentrale Frage lautet: Was sind die maßgeblichen Motive der EU, mit der EMP zu einer kulturellen Neuerfindung des Mittelmeer-Raums beizutragen? Geht es nur um den Export europäi-

scher Werte in die arabisch-islamisch geprägten Mittelmeer-Nachbarstaaten oder sucht man ein Instrument, um die Zirkulation von Ideen, Werten und Kulturprodukten im Mittelmeer-Raum zu fördern?

Die Antworten auf diese Fragen sind der Autorin zufolge nicht so ganz einfach. Zunächst teilt sie die Ansicht, dass eine strikt nationale Ausrichtung von Außenkulturpolitik „den neuen Anforderungen des veränderten nationalen Beziehungsgeflechts nicht mehr gewachsen“ sei und diese daher neu definiert werden müsse. In ihrem wissenschaftlichen Ansatz orientiert sie sich am sozialkonstruktivistischen Modell von Alexander Wendt, wonach sich Identitäten und Interessen erst in Interaktionsprozessen zwischen unterschiedlichen Akteuren herausformen. Das gelte auch für die Euro-Mediterrane Partnerschaft, wobei allerdings die gemeinsamen Regeln und Normen meist von der EU vorgegeben und somit überwiegend europäische Normen und Standards seien. Ein entscheidendes Motiv für das Engagement in Sachen EMP ist aus Sicht der Autorin der Wunsch der EU, „den politischen Integrationsprozess (...) kulturell zu unterstützen und das Projekt Europa inhaltlich neu auszufüllen“. Dabei gelte es auch, das eigene Verhältnis zu Religion, Staat und Menschenrechten zu klären. Allerdings beobachtet Frau Schäfer eine gewisse Ernüchterung angesichts der eher divergierenden denn konvergierenden Interessen in den Institutionen und unter den Akteuren. Das liege auch an der Lähmung des gesamten Prozesses durch den Nahost-Konflikt.

Dennoch hat sich einiges getan: Die Mobilität von Künstlern ist gestiegen, Netzwerke sind entstanden, der Informationsaustausch hat zugenommen, die Universitäten arbeiten vermehrt zusammen, ein „gemeinsames Geschichtsbuch des Mittelmeer-Raums“ ist angeregt worden, Bildungsreformen werden thematisiert – alles in ihren Auswirkungen relativ schwer messbare Punkte, aber dennoch der Beginn einer europäischen Außenkulturpolitik und damit ein Durchbruch in der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Umso beunruhigender ist die Skepsis von Frau Schäfer am Schluss ihrer Arbeit, wenn sie erklärt, die Entscheidungsträger in Brüssel und in den arabischen Hauptstädten hätten sich „eigentlich bereits innerlich von der EMP verabschiedet, auch wenn offiziell weiterhin daran festgehalten wird“. Das große Verdienst der auch sprachlich überzeugenden Dissertation ist die erstmalige Analyse dieses wichtigen Bereichs europäischer Politik unter politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten.

## Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik

Auswärtiges Amt (Hrsg.) | Edition Diplomatie 2007, keine ISBN, 212 Seiten

Eine dritte Neuerscheinung sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt: die Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes über die außenkulturpolitische Grundsatzkonferenz vom Oktober 2006 „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“, an der 500 Vertreter aus Kultur, Wirtschaft, Politik, Hochschulen und Stiftungswesen teilgenommen haben. Der





Band macht deutlich, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier die „Dritte Säule“ seiner Außenpolitik wesentlich ernster nimmt als sein Vorgänger und entsprechend stärker nutzen will. Zu den neuen Themen der Soft Power gehören die Rolle der Kreativindustrie, Migranten, Netzwerke, Public-Private Partnership, die neuen dynamischen Weltregionen und der Dialog mit der islamischen Welt. Der Band bietet einen exzellenten Einblick in den aktuellen Stand der Diskussion um die AKP und zeigt, wie vielfältig die Landschaft der beteiligten Institutionen geworden ist. Last not least dokumentiert der Band die Ergebnisse einer am Rande der Konferenz durchgeführten Befragung unter dem Motto „Womit soll Deutschland im Ausland kulturell leuchten?“: unter anderem mit Bildung und Wissenschaft, Offenheit und Zukunftsfähigkeit und durch die Fähigkeit zum konstruktiven Selbstzweifel.

## Deutsche Außenpolitik

Hanns W. Mauil über neue Konzepte und alte Ängste



Dr. Hanns W. Mauil, geb. 1947, ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier. 2006 erschien von ihm „Germany’s Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic“ (Palgrave Macmillan).

### Die beiden großen deutschen Volksparteien und das „Friedensprojekt Europa“: Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht?

Bernhard Rinke | Nomos 2006, ISBN 9783832918415, 568 Seiten

Welche Leitbilder bestimmen die Europa-Politik der beiden „großen deutschen Volksparteien“? Wie unterscheiden sie sich voneinander, und haben sie sich seit 1990 verändert? Um diese Fragen kreist diese akribisch recherchierte und überzeugend aufbereitete Untersuchung. Rinke zeigt, wie breit der Konsens zwischen den beiden großen Volksparteien in der Europa-Politik war und ist: Er umfasst nicht nur ein weit gespanntes Verständnis von Sicherheitspolitik und die Überzeugung, dass Deutschland außenpolitisch nicht mehr nationalstaatlich, sondern nur noch über eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik überhaupt Chancen hat, seine Zukunft zu gestalten. Beide Parteien verfolgen eine, wie Rinke es nennt, „supranational-integrative“ Politik in der EU, die langfristig darauf abzielt, die Außen- und Sicherheitspolitik zu vergemeinschaften. Einig sind sich beide Parteien auch im Ziel einer „Selbstbehauptung Europas“. Dennoch gibt es natürlich auch große Unterschiede in den

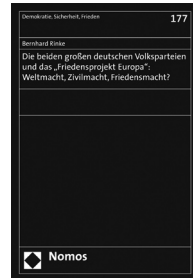
außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen – doch finden sich diese, so Rinke, ausgeprägter innerhalb der beiden Parteien als zwischen ihnen. Am Ende der rot-grünen Koalition hatte sich in beiden Parteien eine der beiden innerparteilichen Strömungen weitgehend durchgesetzt – in der CDU die der Atlantiker um Wolfgang Schäuble (zu denen Rinke auch Angela Merkel zählt), in der SPD die der Realpolitiker um Scharping und Schröder. Dennoch gibt es keine europapolitischen Leitbilder *der* beiden Parteien, sondern höchstens *in* den beiden Parteien. Diese unterscheiden sich vor allem mit Blick auf die Legitimierung und die Aufgabenstellungen bei Bundeswehr-Auslandseinsätzen und auf das Verhältnis zu den USA und zur NATO. Dem linken Flügel der SPD ordnet Rinke das Leitbild der Zivilmacht zu; es sieht Europa als pazifistische Macht mit einem alternativen Weltordnungskonzept zu dem der USA. Die Atlantiker in der CDU dagegen plädieren für Europa als Weltmacht, allerdings in enger Zusammenarbeit mit den USA. Das Leitbild der „Friedensmacht Europa“ schließlich findet sich sowohl auf Seiten der (jetzt dominanten) Realpolitiker in der SPD wie auch der Euro-Atlantiker (etwa bei Karl Lamers oder Hans-Gert Pöttering) in der CDU. Für sie sind Kampfeinsätze der Bundeswehr vor allem dann vorstellbar, wenn es um die Verhinderung massiver Menschenrechtsverletzungen, die Erzwingung von Frieden oder generell um eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen geht: Die Friedensmacht Europa ist also gewissermaßen eine „wehrhafte Zivilmacht“.

Hinter den im Einzelnen eher unscharfen außenpolitischen Leitbildern entdeckt Rinke auf beiden Seiten das Ziel einer Selbstbehauptung Europas in einer unübersichtlichen Welt, das über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU erreicht werden soll. Hierin steckt, so der Verfasser, ein bemerkenswerter Widerspruch: Während beide Parteien das Projekt eines bundesstaatlichen, also föderalen Europas offiziell aufgegeben haben, vertrauen sie ausgerechnet in diesem zentralen Politikbereich darauf, dass es zustande kommen wird. Diese Überlegungen überzeugen – ebenso wie die Schlussfolgerung, die beiden großen Parteien sollten sich dringlich um eine Präzisierung und Einbettung des militärischen Instrumentariums der deutschen Sicherheitspolitik in den Gesamtzusammenhang der GASP kümmern. Ob man deshalb auch die Sorge des Autors teilen sollte, die Europäische Union könne tatsächlich einer großmachtpolitischen, d.h. militärischen Versuchung erliegen, ist eine andere Frage: Von einer „Militarisierung des europäischen Integrationsprozesses“ kann ernsthaft bislang nicht die Rede sein.

## Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskurstheoretische Untersuchung deutscher Außenpolitik

Rainer Baumann | Nomos 2006, ISBN 9783832920876, 233 Seiten

In dieser Studie geht es um die inzwischen schon etwas abgedroschene Frage nach Kontinuität und Wandel in der deutschen Außenpolitik. Baumann vertritt die Position, die deutsche Außenpolitik habe sich seit 1990 grundlegend





verändert – allerdings nicht abrupt und nicht als direkte Folge der Vereinigung, sondern eher schleichend seit Mitte der neunziger Jahre und keineswegs so, wie das Experten und Praktiker – je nach Perspektive – erhofft oder befürchtet hatten, nämlich im Sinne einer Rückkehr zur Großmachtpolitik alten Stils. Seine Einschätzung begründet Baumann mit einer Analyse der offiziellen außenpolitischen Diskurse zum Thema „Multilateralismus“. Der Autor weist überzeugend nach, dass die deutsche Außenpolitik im Verlauf der neunziger Jahre zwar eindeutig dem Multilateralismus verpflichtet blieb, sich dabei aber Bedeutungsveränderungen in die Rhetorik

einschlichen, die – so Baumann – Deutschlands außenpolitischen Multilateralismus faktisch substanziell veränderten: Neben traditionelle Konzeptionen, die Multilateralismus als „Verpflichtung“ oder als „notwendig“ auffassen, treten zunehmend Vorstellungen, die Multilateralismus eher instrumentell als Möglichkeit nützen wollen, Einfluss auszuüben. In der Außenpolitik der rot-grünen Koalition von 2000 bis 2005, nicht mehr im engeren Sinne Gegenstand der Untersuchung, sieht Baumann seine Argumentation bestätigt.

Bei der Außenpolitik der jetzigen Großen Koalition, die hier nicht mehr berücksichtigt werden konnte, dürfte das allerdings schwerer fallen: Die Tendenzen, die der Verfasser aus seinen Ergebnissen als Zukunftstendenzen extrapoliert – das Fehlen einer konsequenten Orientierung der deutschen Außenpolitik an Prinzipien, ein eher instrumentalistischer Umgang mit internationalen Institutionen, eine stärker materialistische Interessenpolitik, zunehmendes Statusdenken und „das Verlernen einer langfristigen Politik der Vertrauensbildung“: All das scheint im Rückblick eher einer spezifischen Phase der deutschen Außenpolitik geschuldet als ihrer strukturellen Veränderung. Zudem überdehnt der Verfasser die Aussagekraft seiner Befunde wesentlich, weil er die vielschichtigen Funktionen politischer Rhetorik verkennt: So richtig es ist, außenpolitischen Stil ernst zu nehmen und nicht einfach als belanglos abzutun, so problematisch scheint die recht umstandslose Gleichsetzung von außenpolitischer Rhetorik mit der Außenpolitik selbst. Man sollte also vorsichtig bei der Deutung der vorgelegten Befunde sein: Im Kern zeigen sie lediglich, dass sich die Bedeutung des Begriffs „Multilateralismus“ in der deutschen Außenpolitik verändert und erweitert hat. Daraus lässt sich allerdings nur dann eindeutig auf „Wandel“ statt auf „Kontinuität“ schließen, wenn man Kontinuität, wie das Baumann tut, mit Unveränderlichkeit gleichsetzt – und das dürfte wohl kein Vertreter der Kontinuitätsperspektive je ernsthaft behauptet haben.

## Zwischen Furcht und Bewunderung? Italienische Haltungen zur neuen deutschen Außenpolitik

Dörte Dinger | Peter Lang 2006, ISBN 9783631557150, 157 Seiten

„Weder – noch“, so könnte man das Ergebnis dieser knappen, aber gelungenen Monographie zu der im Titel aufgeworfenen Frage zusammenfassen: Die von der Verfasserin auf der Grundlage einer umfangreichen Auswertung italieni-

scher Fachzeitschriften erhobene Beurteilung der neuen deutschen Außenpolitik durch die akademische und außenpolitische Elite Italiens fällt bemerkenswert positiv, wohlwollend und realistisch aus: Weder unangemessene Ängste noch unangebrachte Bewunderung bestimmen das Deutschland-Bild der italienischen Experten, sondern der zumeist nüchterne, gelegentlich aber auch erwartungsvolle Blick auf die deutsche Europa- und Sicherheitspolitik im Kontext der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Damit unterscheidet sich diese Einschätzung der italienischen Experten von der der öffentlichen Meinung zu Deutschland, in der die Ängste der Vergangenheit und die Furcht vor neudeutschem Hegemoniestreben nach wie vor sehr präsent sind.

Die eigentlichen Probleme im einst so guten bilateralen Verhältnis liegen anderswo: Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes fällt auch die „Gleichrangigkeit“ zwischen Italien und Deutschland, die schon seit längerem ein wenig gekünstelt wirkte: Deutschland spielte spätestens seit der Vereinigung in Europa und der Welt eine herausgehobenere Rolle als Italien; der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher machte dies seinem italienischen Kollegen eher brutal als diplomatisch klar, als er ihn 1990 aus dem Kontext der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen mit der Bemerkung herausdrängte: „You are not part of the game!“ Dennoch besteht Italien weiterhin darauf, mit Deutschland „auf Augenhöhe“ zu verkehren. Dieser Anspruch führte immer wieder zu erheblichen bilateralen Spannungen, vor allem im Zusammenhang mit Deutschlands Bewerbung um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, aber auch im Zusammenhang mit den von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers angestellten Überlegungen über einen inneren Zirkel für die EU. Beim Thema UN-Sicherheitsrat bleiben selbst die von der Verfasserin analysierten und zum Teil auch befragten, sonst so nüchternen italienischen Deutschland-Experten nicht gelassen: Käme Deutschland in den Sicherheitsrat, nicht aber Italien, so die einhellige Meinung, dann käme dies einer Katastrophe für die italienische Diplomatie gleich („unser Land verdient dieses Schicksal nicht“, so der ehemalige italienische UN-Botschafter Francesco Paolo Fulci). Hier zeigen sich die Grenzen der insgesamt abgewogenen und kenntnisreichen Wahrnehmung der deutschen Außenpolitik durch die italienischen Experten; sie wurzeln in den theoretischen Grundorientierungen dieser Experten, die sich fast ausnahmslos der „realistischen Schule“ zuordnen lassen. Sie verstehen und bewerten Außenpolitik in den Kategorien von „Macht“ und „nationalen Interessen“ und tendieren deshalb zu eher zynischen als zutreffenden Einschätzungen der deutschen UN-Politik, wenn sie diese als rücksichtslose Verfolgung deutscher Nationalinteressen interpretieren. Dabei hätte es genügt, ein wenig Selbstreflexion zu betreiben und so zu erkennen, dass nicht nur Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, sondern auch Italiens Reaktion darauf am Ende nichts anderes als Statuspolitik war, die den Interessen des Landes eher schadete als nützte.

